

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

28. Oktober 2024
Zehnder Ferdinand

A 159 Anfrage Wicki Martin und Mit. über die Bevölkerungszunahme und deren Auswirkungen auf den Arbeitskräftemangel und deren Tendenzen / Finanzdepartement

Martin Wicki ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Martin Wicki: Zugegeben, es handelt sich um anspruchsvolle, aber sehr wichtige Fragen. Zusammengefasst sind wir laut den Antworten der Regierung auf dem richtigen Weg. Eine Statistik fehlt jedoch, um diese Aussage zu belegen. Will man nicht oder kann man keine vorlegen? Bei der Antwort zu Frage 2 wurde es nicht einmal versucht. Wenn die geleisteten Jahrestunden prozentual pro Kopf stärker sinken, als die Zunahme der arbeitnehmenden Personen steigt, so sinkt die Gesamtarbeitsleistung. Das hat sich auch in den Zahlen aus dem Jahr 2023 gezeigt, als das Bruttoinlandprodukt (BIP) gesunken ist. Fakt ist also, dass das Bevölkerungswachstum stärker zunimmt als die Wirtschaftsleistung. Diese Tatsache ist in der Kombination bedenklich. Die Prognosen zeigen zudem, dass die Bevölkerung im Kanton Luzern bis 2050 um mehr als 60 000 Personen zunehmen soll, die arbeitnehmende Bevölkerung jedoch nur um 17 000. Diese Tendenz muss mit Effizienz und Innovation ausgeglichen werden können, nicht mit Zuwanderung. Dadurch wird die Problematik nur zusätzlich verschärft. Die eigentliche wichtigste Frage wurde nicht beantwortet. Bei einem Bevölkerungswachstum, das fast ausschliesslich durch die Zuwanderung stattgefunden hat, werden pro 100 000 Personen viele Arbeitsstellen geschaffen oder müssen geschaffen werden. Ein Beispiel dazu ist die kantonale Verwaltung. Die Stellen, die geschaffen werden oder geschaffen werden müssen, müssen aber auch besetzt werden können. Wenn in gewissen Branchen wie etwa der Gesundheitsversorgung mehr Ärzte, Krankenschwestern, Orthopäden, Therapeuten usw. benötigt werden, als durch die gleiche Zuwanderung rekrutiert werden können, wird das Loch ja immer grösser. Das zu stopfende Loch wird mit jeder Person grösser. Das akzentuiert sich zudem, wenn die Babyboomer in Pension gehen. Es ist klar, dass wir dieses Loch nicht mit Zuwanderung stopfen können, sondern es wird nur immer grösser. Zudem kommt es zu zusätzlichen Schwierigkeiten; bei der Strafverfolgung, beim Strafvollzug, bei der Bildung und den Gesundheitskosten usw. ist das eindrücklich zu sehen. Viele denken, dass dies der Gesellschaft oder der heutigen Zeit geschuldet sei. Wer macht denn die Gesellschaft? Es ist zu beobachten, dass der sogenannte Gesellschaftswandel auch durch die Zuwanderung angetrieben wird. Es ist zu erkennen, dass die Werterhaltung, der Einsatzwille und die ethische Vermischung genau diesen sogenannten Gesellschaftswandel beeinflussen. Das ist kein Vorwurf, sondern eine logische Tendenz. Das

führt im Umkehrschluss zu diesem stetig grösser werdenden Arbeitskräftemangel. Das Puzzle geht nicht auf, und die Spirale dreht sich weiter, aber leider in die falsche Richtung. So sagte Prof. Dr. Mathias Binswanger: «Macht es Sinn, weiterhin ein möglichst hohes Wachstum anzustreben, das den materiellen Wohlstand wenig oder gar nicht erhöht, aber der Lebensqualität abträglich ist?» Also Dichtestress, Wohnungsknappheit, Werterhaltung, Platzmangel usw. Ich glaube, das ist der falsche Weg.

Gaudenz Zemp: Der Fachkräftemangel ist in der Schweiz und im Kanton Luzern ein akutes und leider auch sehr nachhaltiges Problem. Wir haben den Eindruck, dass das inzwischen bei allen Parteien angekommen ist, wir haben aber manchmal trotzdem das Gefühl, dass die tatsächliche Dramatik noch nicht erkannt wird. Wir erleben im Moment in der ganzen Breite und Tiefe unserer Wirtschaft eine Erosion der Qualität und werden Dinge erleben, die wir uns gar nicht vorstellen können. Die Qualität der Dienstleistungen wird sinken, weil die Fachkräfte fehlen. Wir haben ein sehr grosses Problem. Deshalb sind wir froh, wenn dieses Problem adressiert wird, wie dies mit dieser Anfrage der Fall ist. Eine mögliche Lösung ist die Zuwanderung. Darüber kann man sehr kontrovers diskutieren. Letztes Jahr hat der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) ein Streitgespräch zwischen Boris Zürcher vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und Christoph A. Schaltegger vom Wirtschaftspolitischen Institut der Universität Luzern durchgeführt. Dabei haben sich die unterschiedlichen Ansichten und die Vor- und Nachteile der Zuwanderung gezeigt. Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist die vorliegende Anfrage etwas überladen, ich hätte sie auch nicht beantworten wollen. Man wollte einfach alles wissen. Für gewisse Dinge ist der Bund zuständig, für andere wären Zahlen notwendig gewesen, die es gar nicht gibt. Wir haben den Eindruck, dass die Regierung die Anfrage solid beantwortet hat, obwohl einige Fragen nicht einmal abgeschätzt werden können. Wie sieht der Plan der SVP-Fraktion aus? Wir haben den Eindruck, dass die SVP fundamental dagegen ist. Trotzdem müsste sie auch die eine oder andere Idee liefern.

Sabine Heselhaus: Die Anfrage stellt das Bevölkerungswachstum und die Veränderung in der Gesellschaft wie die Teilzeitarbeit dem Anstieg des Fachkräftemangels und der Mehrbelastung der Verwaltung gegenüber. Ich gehe nur auf den Fachkräftemangel in der Pflege ein als Beispiel für die veränderten Anforderungen im Gesundheitswesen. Pflegeberufe sind mit körperlich und emotional belastenden Arbeitsbedingungen verbunden. Unattraktive Arbeitszeiten und Überstunden, fehlende Wertschätzung, mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten und vergleichsweise niedrige Löhne haben eher eine abschreckende Wirkung für die Entscheidung zu einem Pflegeberuf. Demografische Herausforderungen wie die Alterung der Gesellschaft und das Bevölkerungswachstum führen zu einem steigenden Bedarf an Pflegekräften. Das Problem des Fachkräftemangels muss deshalb immer mehr mit temporären Pflegekräften, auch Leih- oder Zeitarbeitskräfte genannt, überbrückt werden, was folgende Auswirkungen hat: Kontinuität ist wichtig für die Pflegequalität, insbesondere bei langfristig zu betreuenden Patienten. Die Einarbeitung in die Abläufe beeinträchtigt nicht nur die Effizienz und die Qualität, sondern auch die Teamdynamik, da das Stammpersonal weiterhin einen Grossteil der Verantwortung zu tragen hat. Der Einsatz von Zeitarbeitskräften ist in der Regel teurer als die Beschäftigung fest angestellter Pflegekräfte. Da Leiharbeitsfirmen hohe Vermittlungsgebühren verlangen, belastet dies das Budget der Pflegeeinrichtungen zusätzlich. Fazit: Eine der wichtigsten Lösungen besteht darin, die Arbeitsbedingungen für Fachangestellte Pflegekräfte attraktiver zu gestalten. Dazu gehören höhere Löhne, geregelte Arbeitszeiten, weniger Überstunden, verstärkte Bildungsangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie mehr Unterstützung durch zusätzliche Personalressourcen. Da schliesst sich dieser Teufelskreis leider wieder. Die Pflegeinitiative zielt

darauf ab, die Situation in der Pflege langfristig zu verbessern. Wir sollten also auch in anderen Bereichen vorausschauend Massnahmen ergreifen und an langfristigen und nachhaltigen Lösungen arbeiten. Lassen Sie mich eine Randbemerkung anbringen: Wir haben heute viel über Effizienz und Suffizienz gesprochen, also beides wichtige Faktoren der nachhaltigen Entwicklung. Was ist wirklich notwendig? Haben wir den Mut, weitsichtig zu sein und starre Systeme zu ändern, um vorhersehbaren Mangellagen zu begegnen.

Maria Pilotto: Auch die SP-Fraktion ist über den Fachkräftemangel besorgt oder über den Arbeitskräftemangel, wie er im Kontext dieser Anfrage heisst, dies sowohl in der Privatwirtschaft als auch bei der öffentlichen Hand. Die Anfrage der SVP-Fraktion suggeriert, dass wir einfache Regler haben, wie viel Personal wir wo benötigen. Im vorliegenden Fall scheint es die Zuwanderung zu sein. Es wird auch suggeriert, dass wir darunter den Zuwachs an Personal verstehen oder verhindern könnten. Nicht wenige der zugewanderten Menschen unterstützen unsere Gesellschaft, auch den Kanton, als Arbeitskräfte in der Pflege, als Lehrpersonen, in der Informatik usw. Wie die Regierung erfreulicherweise aufzeigt, ist diese vereinfachte Verknüpfung weder sinnvoll noch zielführend. Vielerorts werden diese Daten gar nicht erhoben, dies nicht weil die Verwaltung noch nicht auf die Idee gekommen ist, sondern weil es schlichtweg nicht sinnvoll ist, die Problematik des Arbeitskräftemangels mit dem statistischen Bulldozer zu erklären, geschweige denn zu lösen. Wir haben als Kanton Aufgaben in Bildung, Gesundheit, Bau und Wirtschaft. Unser Rat sollte sich auf kantonaler Ebene darauf konzentrieren, dass wir diese gut und effizient erledigen können. Das heisst, dass wir das richtige Personal am richtigen Ort einsetzen für diejenigen Aufgaben, die wir zu übernehmen haben. Zur Devise «Wir zahlen, was wir bestellen» gehören auch die entsprechenden personellen Ressourcen. In der Vergangenheit waren Sie in diesem Rat nicht immer ganz ehrlich. Diese Lücke hätten wir in den letzten Jahren aufholen können, etwa bei der Polizei. Aber wir mussten Hauruckaktionen in die Wege leiten, wie zum Beispiel das Massnahmenpaket gegen den Lehrpersonenmangel, das uns Millionen kostet. Wir haben zu Hauf gehört, was dieser Personalaufwand wieder kosten wird. Wir müssen aber aufhören, Jahr für Jahr jede Stelle einzeln zu beurteilen und damit die Stellen und die einzelnen Mitarbeitenden unerwünscht erscheinen zu lassen. Dadurch gewinnen wir keine Fachkräfte, im Gegenteil. Wir müssen genau hinschauen und dort Justierungen vornehmen, wo es sinnvoll ist.

Reto Frank: Dem Fachkräftemangel nur mit Personal entgegentreten zu können, ist keine geeignete Massnahme, sondern eine Art positive Rückkoppelung. Durch den Mehrbedarf an Personal und wegen der Personen, die sich in der Schweiz befinden und immer mehr zuwandern, werden immer mehr Wohnraum, Nahrung und Ressourcen benötigt. Dadurch wird die kleine Schweiz stark belastet. Das gilt auch für andere Länder. Das einzig Nachhaltige ist der Versuch, die Arbeitsleistungen mittels Effizienzsteigerungen, anderen Lösungen und anderen Vorgehensweisen zu erbringen und nicht einfach nur mit Personal, wodurch die ganze Situation verschärft wird.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Bei der ganzen Komplexität dieser Fragen ist es wichtig, die wesentlichen Fakten im Auge zu behalten, also die Bevölkerungsentwicklung und den Bedarf an Personal in den ganz unterschiedlichsten Bereichen. Damit ist nicht nur die öffentliche Hand gemeint. Es sind nicht zuletzt auch gesellschaftliche Entwicklungen und Erwartungen unserer Gesellschaft, die eine entsprechende Rolle spielen. Es wurde auch die Frage gestellt, wie der Kanton Luzern diese Problematik löst. Auch wir sind dem Fachkräftemangel ausgesetzt, aber je nach Berufsgruppe sehr unterschiedlich. Ich bin erstaunt, wie viele hochqualifizierte Bewerbungen wir aktuell auf verschiedene Ausschreibungen erhalten. Aber wenn Sie

Naturwissenschaftler suchen, wird es etwas schwieriger. Das hat aber nichts mit der öffentlichen Hand zu tun. Mir ist es sehr wichtig festzuhalten, dass es in unserer Gesellschaft akzeptiert ist, dass einzelne Personen oder Familien selber entscheiden können, wie viel Arbeit geleistet werden soll und ob eine Person oder mehrere Personen arbeiten und wie die Aufteilung gemacht wird. Das ist etwas, das wir uns auch zukünftig erhalten wollen. Mit dem Übergang zur Studie Binswanger ist Martin Wicki eine Schlaufe geflogen. Ich glaube, dass die Studie Binswanger bekannt ist, er hat sie auch einmal in Luzern vorgestellt. Ich war dabei, es war durchaus interessant. Sie wird aber leider etwas kontrovers diskutiert und hat im Kern mit den gestellten Fragen nur einen indirekten Zusammenhang. Sabine Heselhaus hat die Anfrage geschickt dazu genutzt, um einen Werbespot für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen zu machen. Das kann man so machen, es war aber nicht das eigentliche Thema dieser Anfrage.